

# WIRTSCHAFT

Rüstung: Am Bodensee boomt die Waffenproduktion – und alle freuen sich S. 30



## Ehrenrunden

Arbeiten bis 67 – wer soll das schaffen? Wie sich die Industrie mehr schlecht als recht auf die umstrittene Reform vorbereitet

VON ELISABETH NIEJAHN UND LEONIE SEIFERT

Wenn Johann Wenzl morgens kurz vor sechs im BMW-Werk in Landshut seinen Blaumann überstreift, machen viele seiner Kollegen an den Werkzeugmaschinen merkwürdige Bewegungen. Die Fröhschicht beginnt, es ist Zeit für Gymnastik, und so strecken einige Fabrikarbeiter ihre Hände in die Luft. Andere lassen die Köpfe kreisen, sie dehnen oder bücken sich. Für jeden Arbeitsplatz gibt es eine andere Übung, eine Physiotherapeutin hat sie entwickelt. »Zu Anfang haben einige der Jungen gelästert, aber inzwischen machen alle mit«, sagt Wenzl, ein 60-Jähriger mit Meisterbrief, der alle Übungen persönlich getestet hat.

Wenzl geht bald in Rente, aber bis dahin kümmert er sich um Jobs mit Zukunft: Arbeitsplätze für Menschen seines Alters.

Deutschland wird grau und muss dabei fit bleiben. Sonst ist die geplante Rente mit 67 nur ein Programm, heimlich die Rentenausgaben zu senken. Bei BMW wird in den nächsten Jahren das Durchschnittsalter der Belegschaft von 39 auf 47 steigen. Deshalb wurde ein Team um Wenzl, das die künftige Altersstruktur des Unternehmens spiegelt, in einer speziellen Produktionslinie eingesetzt – mit dem Auftrag, Arbeitsbedingungen zu testen, unter denen Menschen gesund altern und Ältere möglichst produktiv sein können.

Das war vor drei Jahren. Die Mitarbeiter aus der »Rentner-Linie«, wie Kollegen zunächst spotteten, machten 70 konkrete Vorschläge (nachdem sie unter anderem die Arbeitsplätze in Lego nach- und dann umgebaut hatten). Die meisten Ideen waren einfach, preiswert und wirkungsvoll und wurden inzwischen in ganz normalen Fertigungsstraßen wie bei Wenzl und seiner Mannschaft umgesetzt.

An den Werkzeugmaschinen hängen Gymnastikanleitungen – und manchmal auch große Lupen, mit denen sich Kennziffern besser erkennen lassen. Die Beschäftigten stehen auf federnden Holzfußböden und tragen Arbeitsschuhe mit dicken, bunten Gummipolstern. Änderungen, die für viele Mitarbeiter innerhalb eines Tages weniger Knieschmerzen zur Folge hatten. Während einer Schicht werden die Arbeitsplätze häufiger gewechselt, damit Rücken oder Arme nicht zu lange einseitig belastet werden. In einem Ruheraum können die Mitarbeiter von BMW sich in ihren Pausen hinlegen. Vor allem müssen sie weniger schwere Gegenstände heben.

Das Unternehmen nennt all das zukunftssichernd: »Schließlich wird sich der Wettbewerb um die besten Mitarbeiter schon bald drastisch verschärfen.« Wer sich erst in zehn Jahren mit dem demografischen Wandel beschäftigen muss, verschläft die Zukunft.

Die Bundesregierung sieht es genauso. »In Zukunft werden mehr ältere und weniger jüngere Menschen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ist diese historisch einmalige Situation eine Chance«, heißt es in

einem Bericht des Arbeitsministeriums mit dem optimistischen Titel *Aufbruch in die altersgerechte Arbeitswelt*. Der Tenor ist positiv: Es gebe mehr Jobs und mehr Möglichkeiten für Ältere. Deswegen halte die Regierung an der Rente ab 67 fest.

Hat die Regierung recht? Und die Bürger täuschen sich? Deren Unmut, oft sogar Wut, ist enorm. Irrational ist sie mitunter auch. Über das Gesetz ärgerten sich die 70-Jährigen mehr als die 30-Jährigen, berichtet Franz Müntefering, der die Reform als SPD-Arbeitsminister auf den Weg brachte. Dabei sind die Alten von dem erst 2029 voll in Kraft tretenden Gesetz gar nicht betroffen. Die Umfragen zeigen aber auch, dass Menschen aus allen Altersgruppen unzufrieden sind. Laut Politbarometer finden 76 Prozent die Anhebung der Altersgrenze falsch. Bei kaum einem anderen Thema sind Bevölkerung und Politik so weit voneinander entfernt.

Mitte November wird der Regierungsbericht offiziell vorgestellt – und die IG Metall bereitet sich darauf vor, indem sie überall im Land zu Protestaktionen einlädt. »Wir lassen uns unsere Arbeitswelt nicht schönreden – die Realität lässt die Rente ab 67 nicht zu«, rief Metall-Vorständler Hans-Jürgen Urban vergangene Woche in Berlin empörten Demonstranten zu. »Durch die Rente ab 67 wird kein Band langsamer, kein Bürojob humaner, das Gesetz ist nur eine Abstrafung derer, die es nicht schaffen.« Bei einer Umfrage des Deutschen Gewerkschaftsbunds gaben zwei Drittel an, sie glaubten aus gesundheitlichen Gründen nicht bis 67 durchhalten zu können.

Aufgeladen ist der Streit um die Rente auch, weil es für viele Menschen gar nicht darum geht, ein oder zwei Jahre länger im Job zu bleiben. Sie haben Angst, im Alter zu verarmen. Schließlich haben die jüngsten Rentenreformen die Aussichten für Geringverdiener merklich verschlechtert. Eine Untersuchung der OECD ergab, dass Deutschland bei der Alterssicherung für Einkommensschwache mittlerweile im unteren Drittel der Industrieländer liegt.

Das Rentenniveau wird in den kommenden 20 Jahren auf etwa 43 Prozent der Bruttolöhne sinken – und dafür wird eine Erwerbsbiografie von 45 Beitragsjahren vorausgesetzt. 1996 lag das Rentenniveau noch bei 70 Prozent. Wer arbeitslos ist oder eine Teilzeitstelle hat, erhält noch weniger – und eben jeder, der früher ausscheidet und Abzüge bei der Rente hinnehmen muss. Auch Durchschnittsverdiener kommen daher im Alter schnell in die Nähe der staatlichen Grundsicherung, wenn sie nicht zusätzlich vorgesorgt haben.

Und so wird vielen ganz normalen Beschäftigten mulmig beim Gedanken an das Alter. Eigentlich habe sie alles richtig gemacht, findet beispielsweise Ulrike Frey, Facharbeiterin beim Bekleidungsunternehmen Gustav Digel bei Stuttgart: drei Jahre Lehre, dann eine zweijährige Zusatzausbildung mit Schwerpunkt Design, seitdem berufstätig. Allerdings hat die alleinerziehende Mutter

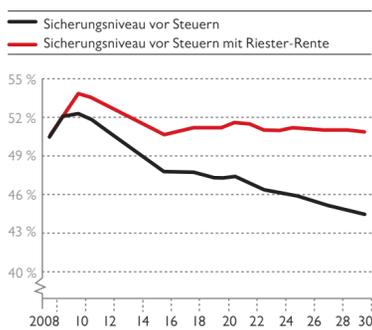


Andere Arbeitsabläufe, fittere Mitarbeiter, Gummischuhe – so begegnet BMW dem Alter



### Weniger im Alter

Ohne private Vorsorge sinkt das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente bis 2030 auf etwa 43 %



ZEIT-Grafik/Quelle: Regierungsbericht

mangels Kinderbetreuung ihre Arbeitszeit zuletzt auf 70 Prozent reduziert. Nun rechnet sie mit einer Rente, mit der sie kaum über die Runden kommen kann. »Kann es richtig sein, dass der Staat mir bei der Rente nimmt, was er über das Sozialamt zurückgeben muss?«, fragt sie anklagend. »Warum macht er es so schwer, in Würde alt zu werden?«

Aus der Altersdiskussion ist eine Angstdebatte geworden. Der Regierungsbericht allein wird das nicht ändern. Dabei hält er viele positive Zahlen bereit: Der Anteil der Berufstätigen an der Altersgruppe der 60- bis 64-Jährigen habe sich in den vergangenen zehn Jahren verdoppelt, heißt es – inzwischen liegt er bei knapp vierzig Prozent (siehe Grafik). Bei den Älteren tut sich deutlich mehr als bei den Jüngeren: Bei den unter 55-Jährigen ist der Anteil der Berufstätigen nur um ein Prozent gestiegen, bei den 55- bis 60-Jährigen beträgt der Anstieg zwölf Prozent. »Die Erwerbsbeteiligung und die Arbeitsmarktchancen haben sich gerade für die Älteren deutlich verbessert«, lautet das Fazit.

Einige Fachleute lesen die Zahlen allerdings anders – Lutz Bellmann vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) beispielsweise. »Hinter dem hohen Anstieg beschäftigter Menschen über 60 verbirgt sich eine steigende Zahl von Frührentnern mit Minijob«, erklärt er.

Hinzu kommt der Faktor Frau: Das im internationalen Vergleich bisher in Deutschland so wenig Ältere berufstätig waren, lag auch an der Neigung älterer Paare zur Ein-Verdiener-Ehe. Anders gesagt: In wenig anderen Industrieländern gab es so viele Hausfrauen wie bei uns. Das ändert sich nun. Die nicht berufstätigen Frauen kommen zunehmend ins Rentenalter, es rückt die Generation der Doppelverdiener nach. Deshalb gibt es mehr Ältere mit Jobs. Einen Abschied vom Jugendwahn in der Wirtschaft beweist die Statistik noch nicht.

Die Zahl derer, die im Alter einen Job wollen und brauchen, nimmt also zu, und das heißt: Nicht eine Fertigungsstraße muss verändert werden, sondern Millionen Arbeitsplätze. Es ist eine gigantische Aufgabe, die der Staat nicht erledigen kann. Das müssen die Unternehmen tun.

Arbeitsforscher Bellmann kommt zu dem Schluss: »Die Beschäftigungslage der Älteren hat sich etwas verbessert, aber von einem Ruck, einem Umdenken in den Unternehmen würde ich nicht sprechen.« Engagierte Unternehmen wie BMW seien die Ausnahme. Dabei stimmten dort am Ende sogar die Zahlen auf der Teststrecke: Das Produktionstempo war so hoch wie bei jüngeren Teams, die Fehlerquote niedriger. Trotzdem wird es noch viele, viele Jahre dauern, bis zum Standard wird, was Meister Wenzl und seine Kollegen entwickeln.

Für die Elite der deutschen Arbeiter, die bei BMW, Daimler und Volkswagen, ist immerhin eine Lösung in Sicht – wenn auch nicht für alle

### STAATSFINANZEN

## Verteilungsfrage

Warum für Steuersenkungen doch Geld da ist

Wer jetzt schon wieder an Steuersenkungen denkt, der hat wohl nicht erkannt, dass alle sparen müssen. Wer jetzt schon wieder Steuersenkungen fordert, der verniedlicht die enormen Schulden, die der Staat angehäuft hat. Wer jetzt schon wieder Steuersenkungen will, der wählt wahrscheinlich auch die FDP. Sagen denn nicht fast alle Experten dieses Landes, dass für Steuersenkungen kein Geld vorhanden ist, jetzt nicht, im kommenden Jahr nicht und wahrscheinlich auch nicht bis zum Ende dieser Legislatur? Doch gerade weil es so eine breite Mehrheit gegen Steuersenkungen gibt, lohnt es sich, genauer hinzusehen. Könnte ja sein, dass die Minderheit recht hat.

Mehr als 60 Milliarden Euro zusätzlich dürfte der Staat bis 2012 an Steuern einnehmen. Zu diesem Ergebnis kommen die von der Regierung beauftragten Steuerberater, die ihre Prognose an diesem Donnerstag vorlegen. Rechnet man die Einnahmen der Länder und Kommunen heraus, könnten allein beim Bund mehr als 25 Milliarden Euro zusätzlich verbleiben. Es ist nur eine Prognose, natürlich. Und 60 Milliarden Euro mag nach viel klingen – ist aber wenig angesichts einer Staatsverschuldung von insgesamt 1700 Milliarden Euro und mehr als 50 Milliarden Euro neuer Schulden, die Finanzminister Wolfgang Schäuble in diesem Jahr aufnehmen muss.

Dennoch wäre jetzt ein guter Zeitpunkt, die Einkommensteuern zu senken. Das hat mit dem Aufschwung zu tun: Wächst die Wirtschaft weiter so stark, werden die Preise für Rohstoffe und Nahrungsmittel steigen. Das Leben wird teurer. Gleichzeitig wird die Regierung zum Jahreswechsel die Sozialabgaben erhöhen. Auch das wird die Bürger belasten. Die Löhne der Beschäftigten wiederum können – und werden – gar nicht so stark steigen, um das alles auszugleichen. Der Finanzminister hat also die Wahl: Er kann entweder darauf vertrauen, dass allein der Abbau von Staatsschulden die Bürger dazu bewegt, mehr Geld auszugeben, selbst wenn ihre Kaufkraft real gerechnet sinkt. Oder er erhöht die Anreize für die Bürger direkt – indem er die Steuern senkt und so dafür sorgt, dass sie mehr Geld zur Verfügung haben.

Es ist im Übrigen nicht so, dass für Steuersenkungen das Geld fehlt. Rund vier Milliarden Euro brächte es, den ermäßigten Mehrwertsteuersatz zu streichen und nur noch Lebensmittel und den Nahverkehr zu begünstigen. Zwei Milliarden Euro brächte der Wegfall des Dienstwagenprivilegs. Vor allem aber könnte man, um die Steuern für die unteren und mittleren Einkommen zu senken, die Reichensteuer einführen. Das aber will die schwarz-gelbe Koalition nicht.

Es fehlt also nicht am Geld – das müsste man nur anders verteilen. Was fehlt, ist der politische Wille. MARC BROST

60 SEKUNDEN FÜR

## Serviervorschläge

Im Wein liegt Wahrheit, wissen Winzer seit Langem, betrogen wird man erst vom Etikett. Die Verpackung erzählt gern das Märchen vom jahrhundertalten, von verwitterten Steinmauern umrahmten Château, in dessen Gewölbem der Saft handverlesener Trauben langsam in Barriquefässern heranreift, bevor dieser für 1,99 Euro pro Flasche an einem deutschen U-Bahn-Kiosk verkauft wird.

Schöne Märchen erzählen auch die Packungen von Fertignödeln, Frühstücksflocken, Backmischungen und dergleichen. Statt Cornflakes, Pulver oder beigefarbener Klumpen im Plastikmantel zeigen die Kartons oft opulent gedeckte Tafeln samt Festtagsbraten, Blumenarrangements und Stoffservietten. Und unten rechts steht dann, gewissermaßen als Erklärung, das Wort »Serviervorschlag«.

Dieselben Leute, die »Serviervorschlag« auf ihre Packungen drucken, haben übrigens erst kürzlich verhindert, dass dort eine Lebensmittelampel zu finden ist, also einfache farbige Symbole für den Salz-, Zucker- und Fettgehalt der Ware. Begründung: Der Konsument sei schlau genug und könne selbst denken. Aber andererseits dürfte er ja doch ziemlich dumm sein, der Konsument, wenn man ihm mit dem Hinweis »Serviervorschlag« offenbar erklären muss, dass eine Schachtel mit Kochbeutelreis keine Teller, Gabeln, Messer und Gemüsebelegen enthält. Aber vielleicht ist es ja nicht so, dass die Packung zu viel verspricht – sondern der Inhalt zu wenig. MARCUS ROHWETTER